Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonntag, den 5. Februar 1888. Nr. 61.

Preußische Klassen-Lotterie.

(Ohne Gewähr.)

Berlin, 4. Februar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 177. königl. preußischer Klassen-Lotterie fielen in der Vormittags-Ziehung:

2 Gewinne von 30,000 Mark auf Nr. 49028 172653.

2 Gewinne von 15,000 Mark auf Nr. 81807 126484.

1 Gewinn von 10,000 Mark auf Nr. 47151.

6 Gewinne von 5000 Mark auf Nr. 8554 58380 89016 122903 137164 154751.

31 Gewinne von 3000 Mark auf Nr. 560 22216 26994 29323 31243 44968 48226 48414 50962 68996 71319 75289 78786 83074 98413 102668 103896 113695 116141 121258 121924 124149 126815 140436 147150 158863 158901 166058 172708 174325 187802.

24 Gewinne von 1500 Mark auf Nr. 3229 8535 17934 24531 55974 60541 62822 63239 67000 71710 76401 80515 80723 82950 103432 108994 109418 109490 114519 144678 162662 175628 183620 185269.

44 Gewinne von 500 Mark auf Nr. 462 13846 13879 14324 19665 19794 20826 21828 27010 33810 35460 36082 39866 43578 45055 52484 60176 70816 77674 85010 85079 85308 86[illegible]57 87293 89769 89923 99560 100852 100873 120778 138630 145471 145754 148332 156702 156820 161712 169231 178109 178749 179220 181783 186094 189432.

Das österreichisch-deutsche Bündniß.

Im Vordergrunde des Interesses steht natürlich die Veröffentlichung des österreichisch-deutschen Bündnißvertrages. Die Festsetzungen desselben waren ja im Wesentlichen bekannt. Die Frage, die sich Jedermann aufdrängt ist die: was bedeutet die Veröffentlichung des Vertrages? Was bedeutet sie gerade heute und jetzt? Wir Deutsche haben einen sehr naheliegenden Präzedenzfall — wem fällt bei der Veröffentlichung dieses Vertrages nicht die Veröffentlichung der Bündnißverträge mit Süddeutschland bei dem Luxemburger Handel ein? Die Analogie ist nicht abzuweisen. Damals wurde bekanntlich der Streit vertagt.

Inzwischen ist der Telegraph beschäftigt, die Antworten, welche die europäische Presse auf die aufgeworfenen Fragen giebt, von einer Hauptstadt zur anderen zu tragen.

Wien, 4. Februar. Das „Fremdenbl." sagt bei Besprechung der Veröffentlichung des österreichisch deutschen Friedensbundes, ein glänzenderer Beweis hätte für die Loyalität der Politik beider Reiche und für die Lauterkeit ihrer Ziele kaum gegeben werden können, als durch die Veröffentlichung dieses Vertrages; die beiden Mächte hätten zur Beruhigung Europas und zur Entkräftung aller von der Leidenschaft eingeflößten Anklagen mit ihrer Vereinbarung ungescheut ans Tageslicht treten können. Die Bestimmungen des Vertrages würden überallhin die Ueberzeugung von der friedlichen und konservativen Tendenz der Politik Oesterreich-Ungarns tragen. Die Veröffentlichung werde aber auch bei den auswärtigen Mächten von klärendem Eindrucke begleitet sein und hoffentlich auch einen gleichen Eindruck in Rußland nicht verfehlen. Schließlich bemerkt das „Fremdenblatt": Niemand werde sich angesichts des seltenen Entschlusses zweier Staaten, ihre Vereinbarungen zum Gemeingute aller Welt zu machen, der Erkenntniß verschließen, daß die Regierungen vor Allem die Entwaffnung durchaus grundloser Anschuldigungen und die Beruhigung der Gemüther anstreben.

Budapest, 4. Februar. Die „Budap. Korr." schreibt: Die Publizirung des deutsch-österreichisch-ungarischen Allianzvertrages erfolgte lediglich zur Orientirung der öffentlichen Meinung, da dem russischen Kaiser und der russischen Regierung die Tendenz, sowie der Inhalt dieses Vertrages genau bekannt waren. Mit der Publikation werde voraussichtlich der wiederholten Behauptung russischer Blätter, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn Offensivabsichten hegen, ein Ende gemacht sein.

London, 4. Februar. Die „Times" bezeichnet die Veröffentlichung des österreichisch-deutschen Bündnißvertrages als einen Zwischenfall, dessen ernste Bedeutsamkeit im gegenwärtigen Augenblicke sich unmöglich unterschätzen lasse. Es entstehe jetzt die Frage, ob die Veröffentlichung des Vertragstextes einen klugen Rückzug oder ein entschlosseneres Vorgehen Rußlands veranlassen werde.

Der „Standard" betrachtet die Veröffentlichung als eine an Rußland gerichtete unzweideutige Warnung vor der Gefahr, die es bei einem Friedensbruch laufen würde.

Wem alles das nicht genügt, wer etwa einwirft, daß ein im Jahre 1879 abgeschlossener Vertrag dieser Art jedenfalls der russischen Diplomatie schon lange bekannt war — den wird man auf die demnächstige Rede des Fürsten Bismarck verweisen müssen — denn die Vermuthung ist sehr naheliegend, daß diese Rede den Text aus der Veröffentlichung des Bündnisses nehmen wird. Das Bündniß gruppirt sich um den durch die „Berliner Stipulationen" geschlossenen europäischen Frieden. Diese Stipulationen sind in Bulgarien verletzt und um die Frage, ob und wie gegenüber der Haltung der Großmächte diese Verletzung ausgeglichen werden kann, dreht sich wenigstens ostentativ die heutige Krisis. Der flagrante Widerspruch in der Haltung Rußlands, das Europa anklagt, die Verletzung des Vertrages zu dulden, nachdem es selbst durch die Entfernung des Prinzen Alexander den legalen Zustand zerstört hat und das dabei verweigert, zur Wiederherstellung die Hand zu bieten, dieser offenbare Widerspruch hat das Mißtrauen Europas herausgefordert.

Dies Mißtrauen würde bestehen müssen, auch wenn nicht in den friedlichen Worten Rußlands neben seinen militärischen Grenzmaßregeln wiederum ein unlöslicher Widerspruch vorläge. Heute wie vor Wochen steht die Welt vor dem „vollkommenen Widerspruch". Mit Spannung wartet die Welt darauf, ob Fürst Bismarck die Lösung für das Räthsel bringen wird, welches aufzugeben der russischen Diplomatie gefallen hat.

Der „Newyorker Herald" bringt folgende Mittheilung über eine Unterredung, welche Fürst Bismarck mit einem Diplomaten in den letzten Tagen gehabt haben soll:

„Auf die Frage des Diplomaten, ob es richtig sei, daß der Fürst eine Erklärung über den gegenwärtigen Zustand der Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland im Reichstag geben werde, antwortete Fürst Bismarck:

Was kann ich im Reichstag sagen?

Sage ich etwas Friedliches und daß die Wahrscheinlichkeit eines Krieges für dieses Jahr nicht vorliegt, dann wird die Opposition über das Heeresbudget in Geschrei ausbrechen und dessen Minderung statt Vermehrung verlangen.

Sage ich auf der anderen Seite, daß der Krieg drohend ist, dann wird Rußland gereizt, Frankreich gereizt und Oesterreich wird vor Aufregung außer sich gerathen.

Das könnte den Krieg überstürzen, von dem ich hoffte, daß er erst 1892 stattfindet.

Warum erst 1892? frug der Diplomat.

Mit einer charakteristischen Bewegung des rechten Armes sagte der Kanzler:

Rußland ist noch nicht fertig. Auch Frankreich ist es noch nicht — es hat noch nicht Pulver genug für seine neuen Gewehre. Auch Oesterreich ist noch nicht fertig. Was Deutschland betrifft, so sage ich nicht, ob es fertig ist oder nicht. Aber es wird vier bis fünf Jahre bedürfen, bis eine der großen Mächte den Höhepunkt der Schlagfertigkeit erreicht hat. Bis dahin sehe ich keine drohende Wahrscheinlichkeit des Krieges.

Dann hören Sie noch eins. Ich bin absolut sicher, trotz alles, was dagegen gesagt wird, daß der Zar den Krieg nicht will, Kaiser Wilhelm will keinen Krieg, Oesterreich nicht mit Ausnahme weniger Ungarn, Frankreich eben so wenig und ich verabscheue den Krieg. Ich denke das Jahr 1888 will vorüberziehen, ohne durch einen europäischen Krieg historisch geworden zu sein.

Wenn Sie im Reichstag sprechen, werden Sie das sagen?

Der Kanzler erwiderte:

Nein, ich werde einfach darauf beharren, daß Deutschland wenigstens gleich hoch in militärischer Kraft und Bereitheit sich halten muß, will es seine nationale Existenz bewähren." Krieg kann nur so lange abgewendet werden, als Deutschland fortfährt, darauf voll vorbereitet zu sein. Ich sehe keinen Grund, warum der Friede in 4 Jahren gestört werden soll."

So der „Newyork-Herald". Eine innere Unwahrscheinlichkeit, daß Fürst Bismarck nicht so zu einem neugierigen Diplomaten gesprochen haben soll, liegt nicht vor. Wie er zu der deutschen Nation und wie er zu Europa sprechen wird, das warten wir ab; es dürfte doch wohl noch eine oder die andere Ueberraschung bei jener Unterredung reservirt geblieben sein.

Deutschland.

Berlin, 4. Februar. Der Kaiser ließ sich am heutigen Vormittage zunächst vom Grafen Perponcher Vortrag halten, empfing darauf die Kommandeure der 11. und der 18. Division, General Lieutenants v. Leszczynski und v. Reibnitz, die Kommandeure der 8. und der 12. Kavallerie-Brigade, General-Majors v. Thiele und v. Niesewand, ferner den aus Frankfurt hier eingetroffenen Kommandeur des 1. hessischen Husaren-Regiments Nr. 13, Oberst von Niesewand, und mehrere andere hohe Offiziere. Darauf stattete der Erbgroßherzog von Oldenburg, welcher gestern Abend zu längerem Aufenthalte hier eingetroffen ist, den Majestäten einen Besuch ab.

Während der Mittagsstunden arbeitete der Kaiser noch längere Zeit mit dem General von Albedyll, sprach den Geheimen Hofrath Bork und unternahm eine Spazierfahrt nach dem Thiergarten.

Zum Diner waren heute keine Einladungen ergangen.

— Die Kaiserin empfing am heutigen Vormittag den Besuch des Erbgroßherzogs von Oldenburg und unternahm dann Mittags eine kurze Spazierfahrt.

— Der Prinz und die Prinzessin Wilhelm empfingen gestern Nachmittag im hiesigen königlichen Schlosse den Botschafter Grafen Benomar und dessen Gemahlin in besonderer Audienz. Am Abend entsprachen der Prinz und die Prinzessin der Einladung des Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode und dessen Gemahlin zu der bei dem gräflichen Paare stattgehabten Ballfestlichkeit Zu derselben waren etwa 500 Einladungen ergangen. Heute Mittag 12 Uhr hatte Prinz Wilhelm der Parole-Ausgabe im Zeughause beigewohnt.

— Dem Herrenhause ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung von Amtsgerichtsbezirken, zugegangen.

— Im Abgeordnetenhause ist der Antrag der Kartellparteien auf Einführung der fünfjährigen Legislaturperioden nach Ablauf der jetzigen eingegangen. Der Antrag v. Benda und Genossen trägt im Ganzen 15 Unterschriften.

— Die Kommission des Abgeordnetenhauses, welche die Vorlage betr. die Erleichterung der Volksschullasten zu berathen hat, begann heute die Spezialdiskussion des Entwurfs. § 1 bestimmt, daß aus der Staatskasse ein jährlicher Beitrag zu der Besoldung der Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen zu leisten ist, und zwar 1) für einen alleinstehenden sowie für einen ersten ordentlichen Lehrer 400 Mark, 2) für einen anderen ordentlichen Lehrer 200 Mark, 3) für eine Lehrerin sowie für einen Hülfslehrer 100 Mark. Hierzu lagen vier Verbesserungsanträge vor. 1) Vom Abg. Dr. Brüel statt der Nr. 1—3 zu setzen: a. für einen ordentlichen Lehrer 200 Mk., für eine Lehrerin und einen Hülfslehrer 100 Mk., b. für alle Lehrer und Lehrerinnen ein Sechstel ihres Diensteinkommens. 2) vom Abg. Tramm (natlib), für den Fall der Ablehnung des Brüel'schen Antrages im § 1 zu setzen, statt al 1, 2 und 3: 1) für einen ordentlichen Lehrer 350 Mk., 2) für eine Lehrerin und einen Hülfslehrer 250 Mk. Vom Abg Frhr. v. Zedlitz (freikons): Die Nummern 2 und 3 des § 1 folgendermaßen zu fassen: 2) für einen andern ordentlichen Lehrer 300 Mk, 3) für einen Hülfslehrer und Hülfslehrerin 100 Mk. und schließlich 4) vom Abg. v. Rauchhaupt (kons.) im § 1 sub 2 statt 200 Mk. zu setzen 300 Mk. und sub 3 statt 100 Mk. — 150 Mk. Nach fast dreistündiger Debatte wurden die ersten beiden Anträge abgelehnt, der Antrag von Zedlitz dagegen mit 16 gegen 11 Stimmen angenommen. Der Antrag von Rauchhaupt war damit beseitigt. In der Diskussion hatte der Regierungsvertreter wiederholt ersucht, die Bewilligung innerhalb der Grenzen der ausgeworfenen 20 Millionen zu halten. Der Antrag von Zedlitz geht um etwa 3 Millionen darüber hinaus.

— Zu dem § 5 des Gesetzes, betreffend die Erleichterung der Volksschullasten, ist in der 10. Kommission von den Abgg. Hobrecht, Seyffardt (Magdeburg) und Dr. Weber (Halberstadt) nachstehender Antrag eingebracht:

In Schulen, deren Unterrichtsziele über die zur Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht vorgeschriebenen Anforderungen hinausgehen, ist den Unterhaltungspflichtigen auch ferner die Erhebung eines Schulgeldes gestattet, wenn den ortsangehörigen Kindern der unentgeltliche Besuch einer Volksschule gesichert ist.

Für die Lehrerstellen dieser gehobenen Schulen wird ein Staatszuschuß auf Grund des gegenwärtigen Gesetzes nicht gezahlt.

Ob bestehende Schulen aber obigen Voraussetzungen entsprechen, ist auf Antrag der Unterhaltungspflichtigen von der Schulaufsichtsbehörde festzustellen.

— In der heutigen Sitzung der Budget-Kommission des Reichstags wies der Referent für den Etat der Zölle und Verbrauchssteuern, Abg v. Wedell-Malchow, darauf hin, daß das Erträgniß der Getreidezölle in Folge der guten Ernte und der stattgehabten starken Einfuhr nicht zu hoch veranschlagt werden dürfe und beantragte die Zolleinnahme wie im Etat vorgeschlagen auf 245,554,000 Mk. festzusetzen. Von mehreren Kommissionsmitgliedern wurde die Steuer auf den inländischen Tabak im Verhältniß zum Zoll auf ausländisches Produkt als zu hoch bezeichnet, wogegen regierungsseitig darauf hingewiesen wurde, daß jetzt das mit Tabak bebaute Areal größer sei, als vor der Steuererhöhung. Der Ansatz für die Tabaksteuer, ebenso wie der für die Zuckersteuer, welch' letzterer als sehr niedrig geschätzt bezeichnet wird, wurde den Regierungsvorschlägen gemäß festgesetzt. Bei der Branntweinsteuer wies der Referent darauf hin, daß nach dem Etat für die süddeutschen Staaten noch nicht $1\frac{1}{2}$ Millionen Maischraumsteuer vorgesehen sind, während das vorige Jahr 9 Millionen an Matrikularbeiträgen dafür verrechnet wurden. Alle Ansätze des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern wie desjenigen der Stempelabgaben wurden unverändert bewilligt.

— Der „Reichsanzeiger" schreibt: Holländische Zeitungen haben neuerdings die Nachricht verbreitet, daß eine Anzahl holländischer Arbeiter, welche sich durch gewissenlose Agenten für den Bau des Nord-Ostsee-Kanals hätten anwerben lassen, bei der Ankunft an ihrem Bestimmungsort so schlecht behandelt und verpflegt worden seien, daß sie sich zur sofortigen Rückkehr in ihre Heimath entschlossen hätten. Diese Nachricht ist vollständig aus der Luft gegriffen, da seitens der kaiserlichen Kanalkommission bis jetzt weder direkt noch durch Mittelspersonen oder Agenturen Arbeiter zum Kanalbau angeworben worden sind. Auch ist der genannten Kommission nichts bekannt geworden, daß überhaupt holländische Arbeiter nach Schleswig Holstein gekommen sind, um Beschäftigung bei dem Bau des Nord-Ostsee-Kanals zu suchen.

— Auf Befehl des Kaisers ist, wie die „N. Pr. Ztg." erfährt, hier eine Kommission zusammengetreten, welche unter dem Vorsitz des General Adjutanten, General Lieutenants Grafen von Lehndorff, über die Küraß-Frage Berathungen abhält.

— In den vergangenen Tagen fanden bei Antwerpen entscheidende Schießversuche zwischen Krupp- und Cockerill-Geschützen statt. Alle Versuche, so schreibt die „N. Pr. Ztg", der Cockerill-Geschütze mißlangen, während die Geschütze von Krupp sämmtliche Proben glänzend bestanden.

— Neuere Meldungen aus Massowah, die wir in englischen Blättern finden, besagen, daß die italienischen Truppen, nachdem sie Saati besetzt hatten, sofort ein Blockhaus bauten und

Graben zogen. Um den Vertheidigungswerken größere Stärke zu geben, verwandte man das dornige Gesträuch, das sich in jener Gegend findet. Alle Truppen, den Oberbefehlshaber San Marzano eingeschlossen, lagerten unter Zelten. Späher der Abessinier waren stets in der Richtung auf Saati zu bemerken.

— Zur Beleuchtung der Auffassung, welche der hochselige König Friedrich Wilhelm IV. bezüglich der Verleihung des Schwarzen Adlerordens bekundete, wird die „Post" von hochgeschätzter Seite auf ein königliches Schreiben vom 23. Januar 1844 verwiesen, in dem sich diese Auffassung ausspricht. Dasselbe wurde im Jahre 1877 von dem „Militär-Wochenblatt" veröffentlicht und lautet:

„An den General der Infanterie Herrn v. Aster, hier.

Berlin, den 23. Januar 1844.

Lieber General!

Am Ordenstage habe ich zwar Gelegenheit gehabt, Sie mit wahrer Freude als Genossen unseres höchsten Ordens zu begrüßen, ich fand aber nicht Zeit und Ort, das, was unmittelbar damit zusammenhängt, zu besprechen. Sie wissen, daß dem Herkommen gemäß der Ritter des schwarzen Adlers eo ipso ein Edelmann ist. Sie, theuerster Aster, haben nun zwar lange nicht allein durch Ihre Verdienste, nicht allein durch die Werke in Stein und Fels, die Ihren Namen den spätesten Geschlechtern erzählen werden, sondern insbesondere durch Ihren Dienstrang in Staat und Heer den Rang eines gewöhnlichen Ritterbürtigen weit überschritten. Mit einem Wort: der „Adel" war schon da, das gelbe Band ist nur oben darüber gekommen. Dasselbe ist ein Pedant, aber kreuzbrav, und ihm zu Liebe müssen Sie schon das „von" mit in den Kauf nehmen. Sie haben sich's auf liebenswürdige Art gefallen lassen. Das ist was Ihre Person angeht. Aber der Pedant fordert noch mehr, und das ist der wahre Gegenstand dieser Zeilen. Der schwarze Adler adelt ein ganzes Geschlecht. Ich weiß nicht, wie Ihre Kinder über solche Standessachen denken? ob sich bei denselben vielleicht Standes-Vorurtheile der Standeserhöhung entgegenstemmen? Meine Bitte ist nun, liebster Kollege in aquila, daß Sie solche Vorurtheile bekämpfen, ja siegreich als Vater und Ritter überwinden, denn Sie machen nun einmal bon gré mal gré Ihr Geschlecht für seine ganze Dauer zu einem Ritterbürtigen, und das mußten Sie wissen, und das hab' ich Ihnen nun gesagt und dabei bleibt's, wie bei der treuen Freundschaft, die Ihnen fürs Leben gewidmet hat

Ihr
wohlgeneigter Freund
Friedrich Wilhelm R."

— Als ein Bedürfniß der Kriegsverwaltung hat es sich ergeben, den Armeekorps-Intendanturen sachverständige Vertrauensmänner als Beirath für die Beschaffung der Lebensmittel zum Truppen-Unterhalt beizugeben. Die Vertrauensmänner sollen, wie der „Voss. Ztg." geschrieben wird, in allen wesentlichen, die Beschaffung des Kriegsverpflegungs-Bedarfs betreffenden Fragen ihr Gutachten abgeben und demgemäß zur Besprechung der Vorbereitungen für das kommende Mobilmachungsjahr zusammentreten. Aber auch für die Beschaffung der Friedensverpflegungs-Bedürfnisse soll die Zuziehung dieses Beirathes vorbehalten werden. Jeder Korps-Intendantur sollen in der Regel fünf Vertrauensmänner zutreten (drei für Landwirthschaft, zwei für Handel). Die Vertrauensmänner nebst zwei Stellvertretern (einer für Landwirthschaft, einer für Handel) sollen von den kommandirenden Generalen auf Vorschlag der obersten bürgerlichen Behörden auf die Dauer von je drei Jahren bestellt werden, wobei erwartet wird, daß patriotische Männer dieses Ehrenamt übernehmen. Die Oberpräsidenten sind in einem Ministerial-Erlasse ersucht worden, sich die Auswahl dieser Beiräthe angelegen sein zu lassen.

Ausland.

Wien, 8. Februar. Das Abgeordnetenhaus erledigte die Zuckersteuervorlage bis zum § 24 und lehnte die zu den §§ 1—3 gestellten Anträge betreffend die Einführung der gleitenden Zuckersteuerskala mit 164 gegen 84 Stimmen ab.

Wien, 3. Februar. Der Geh. Kommerzienrath Krupp aus Essen war zu dem heutigen Diner beim Kaiser geladen.

Paris, 2. Februar. In Tonkin machen die Franzosen jetzt kurzen Prozeß und verfahren ganz nach chinesischem Muster. Der ehemalige Oberleiter der Militärangelegenheiten in Nam-Dinh, ein 23 Jahre alter Mandarin, seine beiden Brüder und ihre drei Diener, die den Franzosen kürzlich in die Hände fielen, sind neulich an demselben Tage verurtheilt und hingerichtet worden. Aber die dortigen Scharfrichter scheinen noch keine große Uebung zu haben, denn es war, wie französische Blätter erzählen, eine so scheußliche Metzelei, daß selbst drei der Henker die Geschichte nicht länger mit ansehen konnten. Die sechs von Blut triefenden Köpfe der Hingerichteten wurden aufgespießt.

Auch im Elysee verlangt man jetzt eine gewisse Hoffähigkeit; außer den beiden großen Bällen nämlich, die der Präsident in diesem Winter giebt, und zu denen Jedermann Zutritt hat, werden noch mehrere kleine stattfinden, wozu nur eine ausgewählte Gesellschaft geladen wird. Der erste dieser „Bals intimes" fand gestern Abend statt; 500 Einladungen waren dazu erlassen.

Auf Antrag des Oberkriegsraths ist der General Warnet beauftragt worden, den Mobilmachungsplan einer Durchsicht zu unterwerfen.

Die Königin Sophie von Schweden ist gestern in Paris angekommen.

London, 30. Januar. Die Rede, welche Lord Charles Beresford, der frühere dritte Lord der Admiralität, kürzlich vor seinen Wählern in Marylebone über den Zustand der Marine gehalten, scheint viel Staub aufwirbeln zu wollen. Lord Charles behauptete bekanntlich, daß vor seinem Eintritt in die Admiralität kein Nachrichten-Departement der Marine existirte und eine Organisation für den Fall eines Krieges nicht da war. Am Sonnabend brachte die „Times" eine Zuschrift von Lord Northbrook, der im Ministerium Gladstone eine Zeit lang Chef der Admiralität war, worin derselbe bemerkte, daß ein Nachrichten-Departement mehrere Jahre vor der Ernennung Lord Charles Beresford's zu einem Lord der Admiralität gegründet wurde und ausgezeichnete Dienste leistete. Im Verlaufe einer am nämlichen Tage bei einer Unionisten-Kundgebung in Wycombe gehaltenen Rede bestritt Lord Charles Beresford diese Behauptung. Er sagte:

„Es gab einen sogenannten auswärtigen Nachrichtenausschuß, allein derselbe war nur aus sehr wenigen Offizieren zusammengesetzt und hatte nur ausfindig zu machen, was andere Nationen mit ihren Flotten thäten, wie ihre Schiffe bewaffnet wären und wie ihre maritimen Hülfsquellen im Allgemeinen wären. Was ich neulich sagte, ist thatsächlich und völlig wahr, nämlich, daß, obwohl die Marine jährlich sehr viel Geld kostet, keinerlei Organisation für einen Krieg vorhanden war, d. h. im Falle des plötzlichen Ausbruches eines Krieges würde der Höchstkommandirende in der chinesischen Station oder Pacific-Station oder irgend einer Station, wenn der Telegraphendraht zerschnitten wäre, keinen Feldzugsplan gehabt haben, nicht gewußt haben, was er thun solle, nicht gewußt haben, wie viele ausländische Schiffe auf seiner Station seien, woher er Kohlen bekommen solle oder was die britische Admiralität für ihn thun würde. Wir bildeten das Nachrichtendepartement. Hätte Lord Northbrook einen seiner Admiräle zu Rathe gezogen, würden sie ihn niemals einen solchen Schnitzer haben begehen lassen."

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 5. Februar. Hanna Marie Hansen, die kleine Klavier-Virtuosin, welche in ihrem am vergangenen Donnerstag hier gegebenen Konzert durch ihr vortreffliches Spiel den ungetheilten Beifall des Publikums errang, wird am Freitag den 10. Februar, ein zweites Konzert veranstalten unter gefälliger Mitwirkung der Kapelle des 34. Regiments und Leitung des königlichen Musikdirigenten Herrn Jancovius. Bei der hohen Künstlerschaft der kleinen Pianistin und dem billigen Eintrittspreise darf man für dies Konzert der regsten Betheiligung seitens unseres musikliebenden Publikums gewiß sein.

— Die im Verlage von H. G. Effenbart's Erben hier seit Kurzem erschienene „Stettiner Montags-Zeitung" hat ihr Erscheinen eingestellt. Dagegen wird das Wochenblatt für die Jugend „Die Kinderpost", das sich in weitesten Kreisen großer Beliebtheit erfreut, von dem Begründer und Redakteur derselben, Herrn von Januszkiewicz, Bollwerk 33, auf alleinige Rechnung weiter fortgeführt. Das treffliche Blatt hat bei Autoritäten auf dem Gebiet der Jugendliteratur volle Anerkennung gefunden. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt nur 30 Pf.

— Die Betriebs-Einnahme der Stettiner Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft beträgt:

im Januar 1888	M. 27,273.22
im Januar 1887	M. 28,441.31
im Januar 1888	— M. 1,168.09

— In der Woche vom 22. bis 28. Januar kamen im Regierungsbezirk Stettin 77 Erkrankungen und 18 Todesfälle in Folge von ansteckenden Krankheiten vor; am stärksten zeigte sich Dyphterie mit 40 Erkrankungen und 11 Todesfällen, davon 8 Erkrankungen (2 Todesfälle) in Stettin. Sodann folgt Scharlach und Rötheln mit 28 Erkrankungen (1 Todesfall), davon 1 in Stettin. An Masern erkrankten 5 Personen (3 Todesfälle), davon 4 in Stettin, und an Darm-Typhus 4 Personen (3 Todesfälle). Im Kreise Ueckermünde kam kein Fall von ansteckenden Krankheiten vor.

— In der Woche vom 29. Januar bis zum 4 Februar wurden in der hiesigen Volksküche 2423 Portionen verabreicht.

— (Personal-Chronik.) Der bisher bei dem königlichen Polizei-Präsidium zu Berlin beschäftigt gewesene Regierungs-Assessor Dr. Jacobi ist an die königliche Regierung zu Stettin versetzt worden. — Im Kreise Regenwalde sind für den Standesamtsbezirk Maldewin der Rittergutsbesitzer Siebenbürger zu Höckenberg zum Standesbeamten und der Rechnungsführer Genz daselbst zum Stellvertreter des Standesbeamten ernannt. — Im Kreise Greifenberg i. Pomm. ist für den Standesamtsbezirk Carnitz der Rechnungsführer Rackow zu Carnitz zum ersten Stellvertreter des Standesbeamten ernannt. — Der Pastor Matzke in Neuendorf, Synode Bahn, ist zum Lokalschulinspektor über die Schulen seiner Parochie ernannt. — Dem Regierungs-Hauptkassen-Buchhalter Tiegs hierselbst ist die Verwaltung der hiesigen Spezial-Wasserbaukasse nebenamtlich übertragen. — Fest angestellt ist die provisorisch angestellt gewesene Lehrerin Fräulein Blumholz zu Swinemünde. — Provisorisch angestellt sind: in Stettin die Lehrer Schulz, Marquardt, Scheunemann, Jöcks und Köhler, sowie die Lehrerinnen Horn, Anna Müller und Racke, in Augustwalde, Kreis Naugard, der zweite Lehrer Apel, in Wangerin, Synode Labes, der Lehrer Winneg, in Miltitzwalde, Synode Treptow a. T., der Lehrer Schalow und in Muddelmow, Synode Greifenberg, der Küster und Lehrer Heimke. — Dem Kandidaten Wilhelm Tripler, zur Zeit in Höckenberg, und dem Fräulein Marie Schirmeister, zur Zeit in Duchow, ist unter Vorbehalt des Widerrufes die Erlaubniß ertheilt, als Hauslehrer und Erzieher, bez. als Hauslehrerin und Erzieherin, im Verwaltungsbezirke Stettin zu wirken. — Die Verwaltung der königlichen Oberförsterei Grammentin ist vom 1. Januar 1888 ab dem königlichen Oberförster Witzmann, bisher in Heidchen, Regierungsbezirk Posen, übertragen. — Die zweite Lehrerstelle zu Pribbernow, Kreis Kammin, Synode Wollin, ist erledigt in Folge Ablebens des Inhabers. Die Wiederbesetzung steht der königlichen Regierung zu. Dieselbe soll erfolgen zum 1. April d. J. Das Stellengehalt beträgt neben Wohnung und freier Feuerung 660 Mark. Bewerber um diese Stelle werden hiermit aufgefordert, ihre Gesuche durch ihren Lokalschulinspektor bis zum 20. Februar 1888 an den Herrn Lokalschulinspektor, Pfarrer Block zu Pribbernow, unter Beifügung ihrer Prüfungszeugnisse oder beglaubigter Abschriften derselben einzureichen. — Die Küster- und Lehrerstelle zu Lebbin, Kreis Demmin, Synode Treptow a. T., wird erledigt in Folge Versetzung. Die Wiederbesetzung steht der königlichen Regierung zu. Dieselbe soll erfolgen zum 1. April 1888. Das Stellengehalt beträgt neben Wohnung und freier Feuerung 797 M. Bewerber um diese Stelle werden hiermit aufgefordert, ihre Gesuche durch ihren Lokalschulinspektor bis zum 1. März d. J. an den Herrn Lokalschul-Inspektor, Pfarrer Freuer zu Wildberg, unter Beifügung ihrer Prüfungszeugnisse oder beglaubigter Abschriften derselben einzureichen. — Die zweite Lehrerstelle zu Clebow, Kreis Greifenhagen, Synode Colbatz, wird erledigt in Folge Pensionirung. Die Wiederbesetzung steht der königlichen Regierung zu. Dieselbe soll erfolgen zum 1. April 1888. Das Stellegehalt beträgt neben Wohnung und freier Feuerung 736 M., für Lebzeiten des Emeritus nur 660 M. Bewerber um diese Stelle werden hiermit aufgefordert, ihre Gesuche durch ihren Lokalschulinspektor bis zum 20. Februar 1888 an den Herrn Lokalschulinspektor, Pfarrer Neitzel zu Clebow, unter Beifügung ihrer Prüfungszeugnisse oder beglaubigter Abschriften derselben einzureichen. — Die Küster- und Lehrerstelle in Rosenow, Synode Labes, ist durch Pensionirung des seitherigen Inhabers erledigt. Einkommen beträgt auf Lebzeiten des pensionirten Lehrers Klemz 740 M. bei freier Wohnung und Feuerung. Sie ist Privatpatronats.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Letztes Gastspiel des Herrn Josef Kainz. „Prinz Friedrich von Homburg" — Bellevuetheater: „Martha", oder: „Der Markt zu Richmond."

Montag. Stadttheater: Ohne Aufzug'ung. „Der Vizeadmiral."

Vermischte Nachrichten.

— Unkundige nehmen gewöhnlich an, daß seit der Verbesserung der Feuerwaffen eine Vermehrung der Gefechtsverluste eingetreten sei. Dieser Ansicht tritt die „Militär-Zeitung" entgegen, indem sie eine größere Zahl von blutigen Schlachten des siebenjährigen Krieges, der Befreiungskriege und der Kriege von 1866 und 1870—71 bezüglich der Verluste an Todten und Verwundeten einander gegenüberstellt. Es ergiebt sich daraus, daß die Preußen bei Kollin und Kunersdorf 40 und bei Zorndorf 38 Prozent der Truppen durch Tod oder Verwundung verloren haben; bei Leipzig verlor das Kleist'sche Korps in zwei Tagen 33, das York'sche Korps 25, bei Lützen fielen von den Preußen 30, bei Belle Alliance von den Engländern 25 Prozent; dagegen betrugen die Verluste der Deutschen bei Mars-la-Tour 22, bei Spichern 18, bei Wörth 12, bei Gravelotte 10 und bei Sedan 4½ Prozent. Die Schlacht bei Königgrätz kostete den Preußen 4, den Oesterreichern 11 Prozent an Todten und Verwundeten.

— In Paris ist ein neuer Erwerbszweig erfunden worden. Die Kravatte bildet bekanntlich im Dasein eines jungen Lebemannes eines der wichtigsten Kleidungsstücke. Nur wenige verstehen es, den Knoten allen Anforderungen des Geschmacks entsprechend zu knüpfen. Und ein richtiger Stutzer wird niemals eine Kravatte mit künstlichem Knoten tragen. Mehrere größere Geschäfte in Paris haben nun neuestens einige ihrer Bediensteten in der Kunst, die Kravatte zu binden, abrichten lassen. In der jetzigen Saison der Bälle und Gesellschaften steigen diese Bediensteten um 6 Uhr Abends in einen Fiaker und besuchen ihre Kunden. In zwei Stunden haben sie 20 bis 30 Kravatten gebunden und 40—60 Franks verdient, denn das einmalige Binden kostet 2 Franks.

— Ein Dorfgeistlicher sah, während er auf der Kanzel predigte, in Schaaren die Mitglieder einer Landpartie in die Kirche dringen. Diese Leute flüchteten vor einem Gewitterregen. Natürlich störte dieser Einbruch die Gemeindemitglieder in ihrer Andacht. Da brach der Pfarrer in die Worte aus: „Ich habe niemals jene Christen geliebt, welche die Religion als Deckmantel mißbrauchten, allein noch viel weniger liebe ich die, welche sie als Regenschirm verwenden."

Wochenbericht über die Berliner Börse.

Getreide und Produkte.

Berlin, 3. Februar.

In Deutschland behielt das Geschäft seinen trägen Charakter bei. Dem reichlichen Landangebot gegenüber hielt sich die Kauflust angesichts der matteren auswärtigen Berichte sehr reservirt. Die Erwartung einer baldigen günstigen Erledigung der Frage bezüglich Aufhebung des Identitätsnachweises bot jedoch immerhin Preisen eine gewisse Stütze und vermochte am Berliner Terminmarkt für Weizen sogar trotz der ungünstigeren ausländischen Depeschen der Tendenz einen festen Charakter zu verleihen. Es verlautete, daß ein die Aufhebung des Identitäts-Nachweises bezweckender Antrag dem Reichstag dieser Tage zuginge und einer bedeutenden Majorität sicher sei. Die daran geknüpften Hoffnungen auf eine spätere Belebung des Export-Geschäfts führten unserem Markt umfangreiche Kaufordres auf Sommertermine zu, durch welche Preise eine Avance von 2 Mark per 1000 Kilo erzielten. Freilich ging dieselbe schließlich wieder verloren, als einige Platzspekulanten in Folge Erwerbes größerer Posten Landwaare mit erneuten Verkäufen vorgingen.

Roggen zeigte sich in guten Qualitäten nur spärlich zugeführt; von feuchter Waare kam mehr heran, fand aber nur zu sehr gedrückten Preisen Unterkommen. Im Terminhandel fand das Anfangs der Woche hervortretende Realisations-Angebot bei Baissiers und den Mühlen schlank Unterkommen, welche dann auch mit Käufen fortfuhren und dadurch größere Zurückhaltung der Abgeber und eine Preisbesserung von circa 1½ Mark per Tonne herbeiführten. Schließlich verflaute die Haltung auf Realisationen eines großen Haussiers per April-Mai und größeres Effektiv-Angebot aus der Provinz.

Hafer hatte bei nachlassenden Zufuhren zu gut behaupteten Preisen ruhigen Verkehr. Im Terminhandel traten daher ebenfalls Abgeber mehr zurück, zumal der Identitätsfrage, speziell beim Artikel Hafer, größeres Gewicht beigelegt wurde und daraufhin mehrseitig Kaufordres auf Sommertermine einliefen. Die dadurch erzielte Preisbesserung von 1½ Mark per Tonne konnte sich jedoch schließlich nicht mehr behaupten.

Rüböl fiel nach den heftigen Preisfluktuationen der Vorwoche in der gegenwärtigen wieder der größten Theilnahmlosigkeit anheim. Das Realisations-Angebot per Frühjahr hat zwar an Umfang verloren, aber auch neue Kauflust war wenig zu verspüren, so daß Kourse keine erhebliche Veränderung erkennen lassen.

Spiritus erfreute sich nur bescheidener Umsätze. Die Zufuhren hielten sich zwar in mäßigem Rahmen, fanden indeß fast allein bei Reporteuren im Austausch gegen Termine Unterkommen, da unsere Spritfabriken sowohl über das Export-Geschäft wie über den inländischen Absatz von Sprit sehr klagen und für die neu ankommende Waare nur geringen Bedarf zeigen. Preise bröckelten daher allmälig ½ Mark per 10,000 Liter-Prozent ab. Auf Sommertermine trat dann schließlich einige spekulative Kauflust hervor, ausgehend davon, daß der jetzige Preisstand ein fortdauerndes Nachlassen der Produktion und einen sehr frühen Schluß der Brennkampagne zu Folge haben dürfte.

Sachs & Pincus, Berlin,
Getreide- und Bankgeschäft.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 3. Februar. Die Generalversammlung der österreichisch-ungarischen Bank nahm einstimmig den Jahresbericht zur Kenntniß und stimmte den Vorschlägen des Generalrathes in Betreff der Vertheilung des Reingewinnes zu. In dem Berichte wird hervorgehoben, daß der Handelsverkehr im Allgemeinen trotz des günstigen Ernteergebnisses unter der andauernden Einwirkung der politischen Beunruhigung und des konstanten Sinkens der Getreidepreise keinen lebhaften Aufschwung genommen habe.

Paris, 4. Februar. Eine den Zeitungen zugegangene Mittheilung der hiesigen russischen Botschaft besagt, daß der Minister des Aeußern, Flourens, bei einem am letzten Mittwoch stattgehabten Empfange bei dem Handelsminister den Kammerpräsidenten Floquet auf dessen Ansuchen dem Botschafter v. Mohrenheim vorgestellt habe, nachdem er sich vorher der Zustimmung des Letzteren versichert hatte. Was über Schritte, welche dieser Vorstellung vorangegangen wären, von Zeitungen gemeldet worden, sei vollständig unbegründet.

Paris, 4. Februar. Die Presse schweigt noch über die Publikation des deutsch-österreichischen Bündnißvertrages.

Die Untersuchung gegen Wilson ist geschlossen.

Zu den großen Manövern des Jahres 1888 sind das 3. und das 16. Armeekorps (Rouen und Montpellier) designirt.

Wasserstands-Bericht.

Stettin, 4. Februar. Im Hafen 0,58 Meter im Revier 17 Fuß 7 Zoll. Wind: West. — **Posen**, 3. Februar. Warthe: 1,72 Meter. — **Breslau**, 3. Februar. Oberpegel 4 90 Meter, Mittelpegel 3,50 Meter, Unterpegel 0,20 Meter.